zu entfliehen. Es sei zwar nach ihm geschossen worden, doch hätte ihn keine Kugel verletzt. Im bulgarischen Lager angekommen, habe er u. a. mitgeteilt, daß sich jetzt noch drei deutsche Offiziere aktiv an den Kämpfen beteiligen. Das seien die Leiter der Festungsartillerie, Oberst Thomas, der Infanterieoffizier Wagner und ein ihm unbekannter Offizier. Vor den Kämpfen hätten die Festung folgende drei deutsche Offiziere verlassen: der Infanterieoberst Rahe und die Artillerieoffiziere Seemann und v. Rogisen. Auf die Tätigkeit der deutschen Offiziere sei nicht zum wenigsten die ausdauernde Haltung der Festung zurückzuführen.

Einer Meldung des „Echo de Paris" aus Sofia zufolge beschäftigt sich der bulgarische Generalstab gegenwärtig mit der Frage, was mit den Ausländern in Adrianopel zu geschehen habe. Ihren Auszug aus der Festung will man aus militärischen Gründen nicht, trägt sich aber mit dem Plane, ihnen in dem Vororte Karagatscha einen neutralen Platz anzuweisen. Man könnte bei der ferneren Beschießung von Adrianopel diesen Vorort schonen, ohne befürchten zu müssen, hierdurch militärische Nachteile zu erleiden.

Ein Strafgericht.

Aus Athen meldet man: In Kosani wurde der türkische Major Halil erschossen, weil er nach dem Rückzuge der türkischen Truppen von Banitsa an der Spitze von Freischärlern Gewalttaten und Morde an Christen verübt hatte. Beim Begräbnis wurden ihm militärische Ehren erwiesen.

Amnestie in der Türkei.

Nach einem provisorischen Gesetz wird eine Amnestie für politische Verbrechen, auch für die mit den Vorgängen am 23. Januar zusammenhängenden, gewährt werden.

Dank des Sultans.

Der erste Adjutant des Sultans begab sich nach Tschataldscha, um den Truppen die Befriedigung des Sultans über ihre Erfolge auszusprechen.

Die neuesten Meldungen lauten:

Türkische Berichte von den Kriegsschauplätzen.

Konstantinopel. Ein amtlicher Kriegsbericht besagt: der Donnerstag verlief für Adrianopel ruhig. An der Tschataldscha Linie sind unsere Erkundungskolonnen eifrig tätig. Der Feind befestigt die nordwestlich von Akalan gelegenen Höhen und will durch Artilleriefeuer die Bewegungen unserer Erkundungskolonnen verhindern. Eine unserer gemischten Abteilungen am linken Flügel rückte von Surgunköj aus vor und zwang den Feind, sich gegen Karatschdschi-Tschifslik zurückzuziehen. Bei Bulair ist nichts von Bedeutung vorgekommen.

Zu den Ausweisungen aus Konstantinopel.

Baium. An Bord des Dampfers „Bukowina" des Oesterreichischen Lloyds sind hier 31 Angehörige der Balkanstaaten angelangt, die, wie der Kapitän erzählt, in Konstantinopel von den Türken mit der Bestimmung nach Inebolu, westlich von Sinope, eingeschifft worden waren. Erst auf See hatte der Kapitän Kenntnis davon erhalten, daß sich fünf türkische Gendarmen als Transporteure an Bord befänden. Er hatte darauf erklärt, der österreichische Dampfer beschäftige sich nicht mit dem Transporte von Gefangenen, und hätte sich geweigert, sie in Inebolu auszuschiffen. Als darauf die Gendarmen versucht hätten, ihre Gefangenen in Rizeh mit Waffengewalt auszuschiffen, habe die Besatzung dies verhindert, und die Angehörigen der Balkanstaaten nach Batum mitgenommen. Hier eröffneten der griechische Konsul und die slawische Kolonie eine Sammlung zugunsten der Ankömmlinge.

*

Oesterreichischer Optimismus.

Wien. Wie das „N. Wiener Abendbl." mitteilt, hat man an maßgebender Stelle in Wien mit größter Befriedigung von den Ausführungen der „Rossija" Kenntnis genommen. Denn darin wird der Grundgedanke, der die österreichisch-ungarische Balkanpolitik von jeher durchzieht, nämlich die Förderung einer selbständigen Entwicklung der Balkanstaaten, auch als Standpunkt Rußlands bezeichnet. Man ist hier überzeugt, daß diese Auffassung der russischen Politik auch in der Haltung Rußlands in den Fragen der praktischen Politik, die jetzt ihrer Lösung harren, zum Ausdruck kommen wird, und ist daher geneigt, die Kundgebung der „Rossija" als gute Vorbedeutung für die Entwicklung der Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland anzusehen.

Drahtmeldungen

vom 14. Februar.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die **Beratung des Postetats** wird fortgesetzt. Abg. **Racken** (Zentr.): Wir haben volle Anerkennung für die aufopfernde Tätigkeit der Beamten, besonders der mittleren und unteren Beamten. In der Frage der Portofreiheit der Fürsten sollten die versprochenen Erwägungen endlich einmal abgeschlossen werden. Man sollte Postkreditbriefe einführen, mehr Marken-Automaten aufstellen und die Fernsprechgebühren zugunsten des platten Landes reformieren. Verschiedene große Städte haben noch immer mangelhafte Telephonverbindungen, z. B. Köln. Darunter leiden die Geschäftsverbindungen und die Presse, die doch die besten Kunden der Post sind. Bei Vergebungen muß vor allem der Mittelstand berücksichtigt werden. Den von der Kommission beschlossenen Zulagen stimmen wir zu. Die in der Kommission zum Ausdruck gekommene Auffassung des Schatzsekretärs über die Befugnisse der Budgetkommission ist unhaltbar. Gegen eine solche Beschränkung der Budgetrechte des Reichstags müssen wir entschieden protestieren. Eine Staatsnotwendigkeit ist es, die berechtigten Klagen der unteren und mittleren Beamten zu berücksichtigen. Die Mißstimmung in Beamtenkreisen ist groß. Die Verwaltung darf den Beamten kein Hindernis in den Weg legen, wenn sie sich an den Bestrebungen des Postbeamten-Verbandes beteiligen. — Reichsschatzsekretär **Kühn** setzt noch einmal auseinander, daß es sich bei den von der Budgetkommission beschlossenen Zulagen nicht um die üblichen Zulagen handle, sondern um Gehaltserhöhungen. Solche könnten nur durch eine Aenderung der Besoldungsordnung eingeführt werden.

Staatssekretär des Reichspostamts Kraetke

beantwortet die Anregungen aus dem Hause. Ueber die Einführung von Postkreditbriefen verhandeln wir. Bei der Aufstellung von Postautomaten richten wir uns nach dem Bedürfnis, ihre Zahl ist von 567 im Jahre 1910 auf 1050 im Vorjahre gestiegen. Maschinen, die gleichzeitig die Marken aufkleben und abstempeln, sind versuchsweise in Berlin, Köln und Mannheim aufgestellt. Sie werden ziemlich reichlich benützt. Dem steigenden Telephonverkehr hoffen wir durch Anlegung neuer Kabel Rechnung zu tragen. Eine Erweiterung der Reklame in den Telephonbüchern und auf den Wischblättern der Postämter beabsichtigen wir nicht. Mit den automatischen Fernsprechämtern haben wir recht gute Erfahrungen gemacht. Die Mehrkosten werden durch den Fortfall der Telephonistinnen erspart. Außerdem wird jede Dummheit, die der Abonnent macht und für die er jetzt immer das Personal verantwortlich machte, in Zukunft auf ihn zurückfallen. (Heiterkeit.) Die Besorgnis, daß durch die Telephonapparate an öffentlichen Stellen Krankheiten übertragen werden, ist hinfällig. Die Zulassung von Privatgesellschaften zur Errichtung von Nebenanschlüssen wollen wir nicht verhindern, wir können jedoch nicht ihnen zuliebe die Preise für die Nebenstellen, die auch wir errichten, erhöhen. Die Vergütungen für die Nebenapparate müssen aber etwas erhöht werden. Eine Verbilligung des Telegraphenverkehrs mit den Schutzgebieten ist bereits erreicht worden. Es soll ausdrücklich bestimmt werden, daß die Geschäftsstellen der Berufsgenossenschaften, Krankenkassen usw. gleichmäßig behandelt werden.

Weitere Wünsche.

Abg. **Beck,** Heidelberg (natl.): Der Staatssekretär könnte viel schneller sein Gehalt bewilligt erhalten, wenn er unseren immer wiederholten Wünschen auf Aufbesserung der Beamtengehälter mehr entgegenkommen würde. Ein Parlament, das auf seine eigene Bedeutung etwas hält, wird nicht auf das Recht verzichten, selbständig Gehaltszulagen in den Etat einzustellen. Wir erwarten aber eine Einigung mit der Regierung bis zur dritten Lesung. Es muß endlich dem tiefen Mißmut der Beamten ein Ende gemacht werden, da sonst ihre Arbeitsfreudigkeit gelähmt und die Leistungsfähigkeit der Post vermindert wird. Die Beamten haben nicht nur Wünsche materieller, sondern auch ideeller Natur. Der Redner bringt verschiedene Wünsche auf Titel vor. Durch solche kleine Geschenke wird die Freundschaft am besten gesteigert und das Dienstinteresse erhöht. Der Wohnungsgeldzuschuß muß besser geregelt werden. Die Frage der Kinderzulagen muß einer Klärung entgegengeführt werden. Die Begründung der Beamten-Krankenkasse ist zu begrüßen. Notwendig ist die Einführung eines einheitlichen Weltbriefportos. — Abg. **Dr. Oertel** (kons.) wendet sich zunächst gegen den sozialdemokratischen Redner, der es auch bei diesem Etat fertiggebracht hat, gegen die Agrarier loszuziehen. Sie sprechen immer von dem gedeckten Tisch, an dem wir sitzen. Ich habe von diesem Tisch noch nichts gemerkt. (Heiterkeit.) Der Staatssekretär kann sich mit seinem Etat sehen lassen. In den Postverwaltungen des Auslandes gibt es viel mehr Grund zu Beschwerden. Vernünftigen Wünschen kommt die Postverwaltung stets nach. Wenn der Vorwurf der Fiskalität gegenüber dem Staatssekretär berechtigt wäre, so trüge doch der Reichstag einen Teil der Schuld. Was würden Sie wohl sagen, wenn die Post einmal ein Defizit haben würde? Wir stehen den Wünschen der Postbeamten sympathisch gegenüber, können aber nur das bewilligen, was mit den allgemeinen Anforderungen vereinbar ist. Die Sozialdemokraten machen sich die Sache sehr leicht. Sie fordern alles Mögliche und lehnen dann den ganzen Etat ab, tragen also keine politische Verantwortung für die Beschlüsse des Reichstags. Wir warnen vor der Einstellung von allzuviel Postgehilfinnen, da es dem Mann widerstrebt, sich der Frau unterzuordnen. Natürlich im Amt, nicht im Haus! (Heiterkeit.) Da wäre es manchem Mitgliede des Hauses zu wünschen, wenn es eine recht energische Vorgesetzte in seiner Frau hätte. (Heiterkeit.) Mit der Erhöhung der Zulagen im Etat wollen wir zeigen, daß es dem Reichstage wirklich ernst ist. Nun noch bezüglich der

Ostmarkenzulage

ein Wort, so herzlich wie möglich, an die Herren in der Mitte: Die Beamten haben Jahre hindurch diese Zulage erhalten. Ihr Vertrauen muß erschüttert werden, wenn diese Zulagen fallen, nur weil der Reichstag ein anderes Gesicht erhalten hat. Wir haben eine Resolution eingebracht, an Stelle der Ostmarken-Zulagen außerordentliche unwiderrufliche Zulagen für die in Posen und in den gemischtsprachlichen Kreisen Westpreußens und in Elsaß-Lothringen angestellten mittleren Kanzlei- und Unterbeamten einzuführen. Dadurch wird der Ostmarken-Zulage der politische Charakter genommen. Wollen Sie nicht erwägen, ob Sie nicht auf diese Brücke treten können, angesichts der Notwendigkeit eines gemeinsamen Zusammengehens aller bürgerlichen Parteien, einer Notwendigkeit, die in wenigen Wochen gebieterisch an uns herantreten muß? (Beifall rechts.) — Abg. **Kopsch** (Volksp.): Die Reichspost hat allen Grund, mit Reformen einzusetzen. Gebühren und Porti sind vielfach zu hoch. Wahlsendungen, die die Nummer des Wählers handschriftlich auf dem Briefumschlage tragen, werden nicht zum Drucksachenporto befördert. Das ist eine unnötige Erschwerung des Wahlgeschäfts, der Gipfel der Bureaukratie. Die Handelswelt wünscht Erleichterungen im internationalen Verkehr. Leider ist die Portofreiheit der Fürsten jetzt auf den Telephonverkehr ausgedehnt worden. Die Post hat große Ueberschüsse gemacht. Daran ist nicht unsere Wirtschaftspolitik schuld, wie die Rechte behauptet, sondern das verdanken wir den Millionen fleißiger Hände, einem weitsichtigen Fabrikantentum und einem tüchtigen reellen Kaufmannsstande. Der Reichstag kann aus sich heraus Erhöhungen an Etatposten vornehmen. Die Notlage der Unterbeamten ist so groß, daß allen geholfen werden muß. Hoffentlich hilft das Zureden des Dr. Oertel beim Zentrum und es bewilligt die Ostmarken-Zulagen. Nachdem sie unwiderruflich sein sollen, können wir den Ostmarken-Zulagen zustimmen.

Weiterberatung morgen 11 Uhr. Schluß 6¾ Uhr.

Richard Wagners 30. Todestag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Richard Wagners 30. Todestag wurde an verschiedenen Bühnen würdig gefeiert. Nach einer im „B. T." veröffentlichten Zusammenstellung haben von 60 größeren Opernbühnen oder auf Opernbetriebe eingerichteten Bühnen 41 die im allgemeinen auf dem Spielplan stehenden Werke des Meisters aufgeführt, von denen „Tristan und Isolde" mit 11 Aufführungen an den Stadttheatern von Basel, Breslau, Magdeburg, Mülhausen i. E. und Stettin, im Königl. Opernhaus zu Berlin, an den Hoftheatern zu Dessau, München, Weimar, Wiesbaden, sowie am Hofoperntheater zu Wien an der Spitze steht. Davon schließen sich „Die Meistersinger von Nürnberg", die 7 mal, und zwar im Königl. Opernhaus zu Dresden, im Opernhaus zu Frankfurt a. M., in den Stadttheatern zu Halle a. d. S., Krefeld, Metz und Rostock, sowie am Hoftheater zu Hannover über die Bretter gingen. Je 5 Aufführungen erlebten „Der Fliegende Holländer" in Augsburg und Mährisch-Ostrau (Stadttheater), Braunschweig und Sondershausen (Hoftheater), sowie Köln (Opernhaus), und die „Walküre" in Altenburg (Hoftheater), Barmen, Essen a. R. und Plauen i. V. (Stadttheater), sowie Paris (Große Oper. Je 3 mal zur Aufführung gelangten „Götterdämmerung", „Lohengrin" und „Siegfried". Die Theater in Erfurt und Königsberg brachten „Tannhäuser" zur Aufführung, während das „Rheingold" im Stadttheater zu Hamburg und „Rienzi" im Hof- und National-Theater zu Mannheim aufgeführt wurden. Die 19 übrigen Bühnen sind an dem Gedächtnistage ohne Wagner-Aufführung vorübergegangen.

Der Kampf um die Inseln im Tegeler See.

Berlin. Der zwischen der Stadt Berlin und der Freifrau v. Heintze auf Schloß Tegel seit längerer Zeit schwebende Prozeß um die Inseln Scharfenberg, Baumwerder und Lindwerder im Tegeler See ist in letzter Stunde vor der reichsgerichtlichen Entscheidung, die morgen fallen sollte, durch einen Vergleich beendet worden. Der Stadt Berlin bleiben die Inseln Scharfenberg und Baumwerder erhalten.

Die deutschen und österreichischen Hochschulen.

Wien. Der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses nahm eine Resolution des deutschnationalen Abgeordneten Erler an, in der die Regierung aufgefordert wird, eine Vorlage betr. die Freizügigkeit zwischen den Hochschulen Deutschlands und Oesterreichs einzubringen.

Die belgische Landesverteidigungsfrage.

Brüssel. (Priv.-Tel.) Die Tatsache, daß die Regierung vor der Kammerdebatte über das Wehrgesetz geheime Erklärungen über die Wehrlage abgeben will und hierzu die Ansetzung einer besonderen geheimen Sitzung mit völligem Ausschluß der Oeffentlichkeit, sowie das besondere Versprechen der Deputierten fordert, nichts darüber zu verraten, ruft allgemeines Aufsehen hervor. Man vermutet, daß die Regierung über die Intervention Frankreichs und Englands in der belgischen Landes-Verteidigungsfrage Enthüllungen zu machen gedenke. — Zu Beginn der heutigen Sitzung der Kammer gab der Kriegsminister ohne jegliche Störung die gestern durch Tumulte unmöglich gemachte Erklärung über die äußere Lage ab, die eine Vermehrung des Heeres erforderlich macht. Nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit erläuterte der Kriegsminister die Vorlage, wobei er öfter von den Sozialisten unterbrochen wurde.

Berlin. Der „Reichsanz." veröffentlicht eine Bekanntmachung betr. Aenderung der Bestimmungen über Fernsprechnebenanschlüsse.

Berlin. (Priv.-Tel.) In Potsdam wurde heute nachmittag die Gemahlin des Gouverneurs von Berlin, Frau v. Kessel, geborene Freiin Eseg, zu Grabe getragen. Als Vertreter des Kaiserpaares war Generaloberst v. Plessen zugegen. Pfarrer Keßler aus Dresden hielt die Gedächtnisrede. Der Geistliche, der als Freund der Familie eigens aus Dresden herübergekommen war, gedachte der Verstorbenen in ihrer großen Selbstlosigkeit, ihrer durch nichts zu erschütternden Liebe zur Familie und ihrer großen Anhänglichkeit an alle ihre Freunde.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der aus Charlottenburg gebürtige, 22jährige Leutnant Richard v. Weiher vom 3. Bataillon des Füsilier-Regiments „Königin" Nr. 86, der vom Gericht der 18. Division wegen Fahnenflucht steckbrieflich verfolgt wurde, ist nach seiner Garnison Flensburg zurückgekehrt und hat sich der dortigen Militärbehörde freiwillig gestellt.

Tokio. (Reutermeldung.) Dr. Sunjatsen ist hier eingetroffen.

Breslau, 14. Februar. (Priv.-Tel.) Nach dem Vorbilde der oberschlesischen und mittelschlesischen Stabeisenvereinigung haben sich die niederschlesischen Stabeisenhändler gleichfalls zu einer Vereinigung zusammengeschlossen. Sie erhöhten die Stabeisen- und Blechpreise um ein Bedeutendes.

Frankfurt a. M. (Schluß, abends.) Credit 198¾. Staatsbahn 151½. Lombarden 20⅞. Ruhig.

Paris. (3 Uhr nachmittags.) 3 % Rente 88,97½. Italiener 96,55. 3 % Portugiesen 64. Spanier 92,75. 4 % Türken unifiz. 87. Türkenlose 192,50. Lombarden 117. Ottomanbank 648. Still.

Paris. (Produktenmarkt.) Weizen per Februar 27,45, per Mai-August 27,20, ruhig. — Rüböl per Februar 74,25, per Mai-August 69, ruhig. — Spiritus per Februar 37,25, per September-Dezember 39, fest.

London. (Müllermarkt.) Ausländischer Weizen ruhig, 3 d niedriger. Englischer Weizen ruhig. Amerikanischer Mais träge, 3 d niedriger. Donauer Mais kein Angebot. Amerikanisches Mehl träge, 6 d niedriger. Englisches Mehl träge. Gerste matt. Hafer schwach, 1½ d niedriger.

Besuch des Königs bei den Firmen Hugo Kuntzsch und T. Louis Guthmann.

Se. Majestät der König besichtigte gestern nachmittag ½4 Uhr die Feinbäckerei des Stadtverordneten Hugo Kuntzsch in der Hauptstraße. In der Begleitung Sr. Majestät befanden sich Se. Exzellenz der Königl. Kämmerer Generalleutnant z. D. v. Criegern, die Königl. Flügeladjutanten Major v. Schmalz und Major Freiherr v. Koenneritz, sowie der zur Dienstleistung kommandierte Hauptmann v. Schweinitz. Außerdem hatte sich Oberbürgermeister Geheimer Rat DDr. Beutler zur Begrüßung eingefunden. Es war das erste Mal, daß der Monarch auch einen Handwerksbetrieb besichtigte. Dies dürfte in den Kreisen der Handwerker und Gewerbetreibenden besondere Freude hervorrufen. Die Bäckerei des Herrn Kuntzsch, der stellvertretender Obermeister der Dresdner Bäcker-Innung ist, befindet sich in einem geschichtlich interessanten Hause. 1890 übernahm der jetzige Inhaber Stadtverordneter Kuntzsch das Geschäft von seinem Vater, dem jetzt 78jährigen Bäckermeister Kuntzsch, der heute noch in voller Rüstigkeit der Feier beiwohnen konnte. Seit 1877 werden auch Tausende von Christstollen aus der Bäckerei in alle Weltteile versandt. Der Betrieb ist jetzt mit den modernsten Maschinen und Einrichtungen ausgestattet und entspricht allen Anforderungen der Neuzeit. Am Eingange des Geschäfts wurde Se. Majestät vom Inhaber begrüßt, worauf ein Rundgang durch die Räume folgte. Der König zeigte sich hocherfreut über die Gestaltung dieses modernen Backbetriebes und sprach seine Anerkennung über das Gesehene aus. Nach Schluß der Besichtigung schrieb er sich in das Gedenkbuch der Familie Kuntzsch ein und nahm noch einige Erfrischungen aus den Händen der Frau Kuntzsch jun. entgegen. Vom Geschäftslokal bis zum Wagen hatten eine Anzahl Bäckergesellen Spalier gebildet.

Darauf unterzog der König die altrenommierte Seifen- und Parfümeriefabrik von T. Louis Guthmann, Großenhainer Straße 137, einer Besichtigung. Gegen ¼5 Uhr kam Se. Majestät mit seinem Gefolge in dem festlich geschmückten Fabriketablissement an, wo der Monarch von dem Chef der Firma, Herrn Kommerzienrat Guthmann, den beiden Mitinhabern Herren Louis und Johann Guthmann jun., sowie dem seit 40 Jahren in der Fabrik tätigen Herrn Prokuristen Wunderlich begrüßt wurde. Der König besichtigte zunächst unter Führung der genannten Herren die Kellereien mit den riesigen Oelfässern und dem reichen Lager von australischem Talg, afrikanischem Palmöl, Rizinusöl und indischem Kokosöl. Sodann wurde der sogenannte Fettausblaseraum und die Oelreinigung besucht. Daran schließt sich der Siederaum mit den großen Kesseln, in denen die kochende Seifensubstanz auf- und niederwallt. In einem zweiten Siederaum werden besonders Toilettenseifen hergestellt, ebenso stehen hier die Kühlmaschinen, in denen die Seife abgekühlt und zerschnitten wird. In einem weiteren Raume findet das Vermahlen, das Schneiden und Formen, sowie das Parfümieren und Färben statt. In den beiden anschließenden Laboratorien waren die kostbaren Oele aus Rosen, Veilchen und Maiglöckchen, die den Toiletteseifen ihren Duft verleihen, von großem Interesse. In der ersten Etage der Fabrik befindet sich die Fabrikation der Altarkerzen, der Packraum, sowie ein großer Saal, in dem das Pressen und Formen der Seife vorgenommen wird. Seine Majestät besichtigte die praktischen auf der Höhe der Zeit stehenden Einrichtungen mit großem Interesse und richtete wiederholt Anfragen an die führenden Herren, um sich nach reichlich einer Stunde huldvoll zu verabschieden. Bemerkt sei, daß das Etablissement auf ein Alter von über 150 Jahren zurückblicken kann. Im Jahre 1760 wurde die Fabrik zunächst als Wachswarenfabrik von Schüßler in der Nähe der jetzigen Carolastraße auf dem Terrain des früheren türkischen Gartens gegründet und später nach der Prager Straße verlegt. Im Jahre 1814 kaufte der Großvater des jetzigen Inhabers das Unternehmen. Seit 1874 ist Herr Kommerzienrat Johann Louis Guthmann Leiter der Fabrik. 1901 wurde sie nach der Großenhainer Straße